

Von: [Bas Baerbel](mailto:Bas.Baerbel)
An: "kontakt@rentenpolitikwatch.de"
Thema: AW: RENTENPOLITIK-WATCH bittet um Antwort
Datum: Donnerstag, 12. Mai 2016 08:57:46
Anlagen: [i](#)
[_____](#)
[_____](#)
[_____](#)
[_____](#)
[_____](#)
[_____](#)
[_____](#)

Sehr geehrte Frau Harms, sehr geehrter Herr Triebe, sehr geehrter Herr Teufel,

vielen Dank für Ihre Anfrage über RENTENPOLITIK-WATCH, selbstverständlich komme ich Ihrer Bitte nach. Meine Antworten habe ich auch direkt mit Ihren Kategorien versehen und begründet.

Wenn Sie Fragen haben, melden Sie sich einfach.

Mit freundlichen Grüßen

Bärbel Bas

Bärbel Bas, MdB
Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/227 75607
Fax: 030/227 76607

<http://www.baerbelbas.de>

Bärbel Bas unterstützt u.a. das Malteser Hospiz St. Raphael Duisburg (<http://www.malteser-straphael.de/>)

1) Lebensstandard im Alter sichern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das ursprüngliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben, wie er vor 1990 erreicht war?

Ja: Die Herausforderungen des demografischen Wandels können nur bewältigt werden, wenn wir die Lasten gerecht zwischen den Generationen sowie verschiedenen Formen der Finanzierung verteilen. Gleichzeitig müssen wir den Lebensstandard der Menschen im Alter sichern, um den Versicherten einen angemessenen Lebensabend zu ermöglichen. Deshalb brauchen wir die Stärkung der umlagefinanzierten, gesetzlichen Rente. Wir müssen das Rentenniveau bei 50% stabilisieren. Die Entwicklung der Rente muss mit der Lohnentwicklung Schritt halten. Wir brauchen eine Mindestanpassung um die Preissteigerungsrate, aber keinen Nachhaltigkeitsfaktor. Der Ausgleich ist aus Steuermitteln zu finanzieren.

2) Altersarmut verhindern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirksame Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?

Ja: Altersarmut hat vielfache Ursachen, deshalb müssen wir auch an unterschiedlichen Stellen ansetzen. Dabei gilt in erster Linie der Zusammenhang „Gute Arbeit, gute Löhne, gute Rente“. Deshalb haben wir den gesetzlichen Mindestlohn eingeführt. Deshalb versuchen wir, die Tarifbindung wieder zu stärken. Deshalb verbessern wir die Bedingungen für gleiche Teilhabe von Frauen am Arbeitsleben. Deshalb stärken wir das Prinzip gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit – für Frauen und Männer ebenso wie in der Leiharbeit. Aber auch in der Rentenpolitik wurden und werden in dieser Legislaturperiode wichtige Schritte zur Bekämpfung von Altersarmut unternommen. Dies gilt für Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente, für die Stärkung von Prävention und Rehabilitation und für die im Koalitionsvertrag verabredete Einführung der solidarischen Lebensleistungsrente. Damit werden kleine Rentenanwartschaften durch Steuermittel aufgewertet. Auch die Rente nach Mindestentgeltpunkten halte ich für ein geeignetes Mittel und wir brauchen die Rentenversicherung für Langzeitarbeitslose.

3) Erwerbstätigenversicherung: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen gesetzlichen Altersversorgungssysteme zu einer solidarischen Rentenversicherung zusammengefasst werden, in die

alle Erwerbstätigen einzahlen?

Ja: Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen wir uns ein für eine möglichst umfassende Einbeziehung aller Beschäftigten in die sozialen Sicherungssysteme – also auch in die Rentenversicherung – gemäß dem Konzept einer Erwerbstätigenversicherung. Allerdings kann das nur schrittweise gelingen. Zum einen ist das Berufsbeamtentum in Deutschland verfassungsrechtlich geschützt. Zum anderen hat die gesetzliche Rentenversicherung in der Vergangenheit bestimmte Gruppen von Selbständigen und Freiberuflern nicht einbezogen, weshalb sich in vielen Berufen berufsständische Versorgungswerke gegründet haben.

Deshalb wollen wir den Fokus zuerst darauf richten, Selbständige in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen, die nicht in einem berufsbezogenen Versorgungswerk pflichtversichert sind. Daneben sollten neue Beamtenverhältnisse nur in solchen Bereichen entstehen, in denen das unbedingt notwendig ist: Justiz, Polizei, Justizvollzug. Beispielsweise LehrerInnen oder ProfessorInnen müssen nicht unbedingt Beamte sein.

4) Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stärken: Werden Sie sich dafür einsetzen, die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem z.B. sämtliche nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden und Förderungsbeträge zur privaten Rentenversicherung zukünftig zur Finanzierung der gRV umgeleitet werden?

Ja: Versicherungsfremde Leistungen und gesamtgesellschaftliche Aufgaben sind vollständig aus Steuermitteln zu finanzieren. Hierbei sind wir in Regierungsverantwortung der SPD auch bereits grosse Schritte vorangekommen. Zur Finanzierung versicherungsfremder Leistungen hat Rot-Grün Steuermittel aus der Ökosteuer bereitgestellt. Dennoch gibt es hier weiterhin eine Finanzierungslücke, insbesondere für die Anerkennung von Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder (die so genannte „Mütterrente“). Diese Lücke muss geschlossen werden. Auch deshalb müssen wir die Beitragsbemessungsgrenze deutlich anheben. Klar ist: Die Paritätische Beitragsfinanzierung müssen wir selbstverständlich sicherstellen.

5) Rentenpolitische Fehler korrigieren: Werden Sie sich dafür einsetzen, fehlerhafte rentenpolitische Entscheidungen zu korrigieren, insbesondere: Riester-Rente, nachgelagerte Besteuerung (z.B. durch höhere Freibeträge), doppelte bzw. nachträgliche Verbeitragung in die Kranken-/ Pflegeversicherung, Privatisierung der Berufsunfähigkeitsrente, Zwangsverrentung von Hartz-IV-Empfängern, die immer noch nicht erfolgte Gleichstellung von Ost- mit West-Renten?

Teilweise: Rentenpolitische Entscheidungen der Vergangenheit müssen immer wieder auf den Prüfstand gestellt werden. Die Anpassung und Weiterentwicklung unseres Systems der Alterssicherung ist eine ständige Aufgabe der Politik. Das Problem der Zwangsverrentung von Hartz-IV-Beziehern soll noch in dieser Legislaturperiode entschärft werden. Zwar bleiben die Leistungen des SGB II nachrangig, es darf aber in Zukunft kein Rentenanspruch durch das Jobcenter stattfinden. Die Anpassung von Ost- und Westrenten in einem System hat die SPD in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt. Die versprochene Umsetzung muss nun auch kommen. Da sich die Riester-Rente in ihrer jetzigen Form nicht bewährt hat, brauchen wir neben der Stärkung der gesetzlichen Rente eine grundsätzliche Reform der kapitalgedeckten Alterssicherung. Dabei setzt die SPD vor allem auf eine stärkere Verbreitung der arbeitgeberfinanzierten betrieblichen Altersvorsorge – stärker als bisher durch die Sozialpartner organisiert und mit einer besseren Förderung von Geringverdienern.

Von: kontakt@rentenpolitikwatch.de [mailto:kontakt@rentenpolitikwatch.de]

Gesendet: Sonntag, 10. April 2016 23:44

An: Bas Baerbel <baerbel.bas@bundestag.de>

Betreff: RENTENPOLITIK-WATCH bittet um Antwort

Frau Bärbel Bas
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Betrifft: Bitte um Auskunft über Ihre rentenpolitischen Ziele

Sehr geehrte Frau Bas,